

Es informiert Sie	Gudrun Limberg
Telefon (0202)	563 7220
Fax (0202)	563 8023
E-Mail	gudrun.limberg@stadt.wuppertal.de
Datum	15.07.13

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Ronsdorf (SI/2927/13) am 02.07.2013

Anwesend sind:

als Gast

Herr Oberbürgermeister Peter Jung

von der CDU-Fraktion

Herr Thomas Breyer , Herr Heinz-Walter Heinemann , Herr Michael Hornung , Herr Wolfgang Luchtenberg , Herr Lothar Nägelkrämer , Herr Kurt von Nolting ,

von der SPD-Fraktion

Herr Simon Geiß , Frau Ingrid Rode , Herr Harald Scheuermann-Giskes , Herr Axel Stuhlreiter ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Susanne Sperling ,

von der FDP

Herr Klaus Brennecke ,

von der WfW-Fraktion

Herr Meinhard Mesenholl , Herr Karl Heinz Pieper ,

berat. Teilnehmer § 36 VI GO NRW

Frau Dorothea Glauner , Herr Alexander Schmidt , Frau Christa Stuhlreiter, Herr Kurt-Joachim Wolfgang ,

als Vertreter des Oberbürgermeisters

Herr Michael Walde ,

als Berichterstatter

Herr Std. Dr. Slawig, Herr Zimmermann (208),

von der Presse

Herr Müller, Herr Schmidt.

Nicht anwesend sind:

Frau Gabriele Rohloff, Herr Stv. Dr. Klaus Wiese.

Schriftführerin:
Gudrun Limberg
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 19:45 Uhr

Der Oberbürgermeister nimmt Stellung zu verschiedenen Ronsdorf betreffende Themen, insbesondere zum geplanten Bau der L 419.

I. Öffentlicher Teil

1 Bericht aus dem Wuppertaler Jugendrat

Entfällt.

2 Berichte und Mitteilungen

Frau Limberg teilt mit, dass in der Schenkstraße ab 08.07.13 für die Dauer von ca. einer Woche Straßenbauarbeiten stattfinden werden. Die Fahrbahn erhalte von Hausnummer 104 bis Resedastraße eine neue Asphaltdecke.

3 Berichterstattung über erste Erfahrungen nach einem Jahr der Verabschiedung des Haushaltssanierungsplanes 2012-2021 (VO/0156/12)

Herr Dr. Slawig berichtet über die Haushaltssituation der Stadt Wuppertal, insbesondere auch über die aktuelle Problematik durch die Kürzung der Konsolidierungshilfen des Landes (die Ausführungen sind im Wesentlichen der Drucksache VO/0604/13 zu entnehmen).

Derzeit führe man wegen der Gewährung einer Ausnahmegenehmigung Gespräche mit der Bezirksregierung, da es nicht die Stadt Wuppertal zu vertreten habe, dass der Sanierungsplan nicht eingehalten werden könne. Eine Lösung könnte sein, dass z.B. der Zahlungszeitraum des Landes um ein Jahr verlängert werde und der Ausgleich somit 2017 erreicht werden könnte. Aus seiner Sicht stünden die Chancen für eine Einigung gut.

Ein neues Sparpaket werde es nicht geben.

4 Umsetzung des Haushaltssanierungsplans (HSP) im Bereich der Jugendhilfe - Verkauf städt. Flächen Berichterstattung: SB 208 Kinder, Jugend und Freizeit/R103 Grünflächen und Forsten Vorlage: VO/0342/13

Die Bezirksvertretung nimmt die schriftlichen Ausführungen des Ressorts Kinder; Jugend und Familie – Jugendamt vom 28.06.2013 zur Kenntnis.

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 02.07.2013:

Dem Rat der Stadt wird empfohlen, wie folgt – ungeändert -zu beschließen:

Die im Spielflächenbedarfsplan 2012 in Ziffer 6.2 aufgelisteten 37 städtischen Flächennutzungsplan-Spielflächen werden nicht ausgebaut und grundsätzlich für den Verkauf freigegeben.

Der Verkaufserlös dient der Realisierung des Haushaltssanierungsplanes, Ziffer 5.9, mit einem Gesamtumfang von insgesamt 2,5 Mio. €. Die darüber hinausgehenden Einnahmen werden zur Sanierung der Spielplätze gemäß Spielflächenbedarfsplan (s. Kapitel 7) verwendet.

Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Schritte vorzunehmen und die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**5 Bebauungsplan 450 -Blombach Nord -
2. Änderung des Bebauungsplanes-
- Satzungsbeschluss -
Vorlage: VO/0407/13**

Frau Sperling gibt folgende Erklärung zu Protokoll:

„Die GRÜNEN könnten der Erweiterung im Prinzip zustimmen. Wir schließen uns jedoch der Stellungnahme von BUND, LNU und NABU an, dass ein funktioneller oder zumindest finanzieller Ausgleich hätte erreicht werden müssen, um diesen erneuten ökologischen Eingriff mittels Gehölzpflanzungen an anderer Stelle zu ermöglichen.

Aufgrund der Haushaltslage der Stadt Wuppertal und der Abschaffung der Baumschutzsatzung ist für Ersatzpflanzungen so gut wie kein Geld vorhanden. Die Begründung, es bestünden in der näheren Umgebung ausreichend Grünflächen, ist das ewige Totschlagargument für die alltägliche Versiegelung von Flächen sowie Fällung von Bäumen und Hecken. Im Großen wie am Scharpenacken oder Rädchen oder eben wie im Kleinen bei dieser Erweiterung. Da die Verwaltung auf eine entsprechende zumutbare Auflage verzichtet, lehnen wir diese Vorlage ab.“

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 02.07.2013:

Dem Rat der Stadt wird empfohlen, wie folgt – ungeändert – zu beschließen:

1. Der Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes wurde um die Flächen des Grundstückes Otto-Hahn-Straße 19 erweitert und umfasst nun dieses Grundstück sowie das Grundstück Otto-Hahn-Straße 21 und eine östlich angrenzende Wegefläche. Die Erweiterung des Geltungsbereiches wird beschlossen.
2. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß den Vorschlägen der Verwaltung behandelt und beschlossen.
3. Der Bebauungsplan 450 – Blombach Nord - wird für den unter Punkt 1 genannten Geltungsbereich gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmenmehrheit (1 Gegenstimme Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

**6 Bebauungsplan 778 - Ascheweg / Zandershöfe -
3. Änderung des Bebauungsplanes
Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/0477/13**

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 02.07.2013:

Dem Rat der Stadt wird empfohlen, wie folgt – ungeändert – zu beschließen:

1. Der Geltungsbereich der 3. Änderung des Bebauungsplanes erfasst ein Gebiet beiderseits der Straßen Ascheweg und Zandershöfe, im Süden von der Lüttringhauser Straße, im Norden von der Straße „In der Krim“ und im Osten von der Erbschlöer Straße begrenzt, wie in der Anlage 1 kenntlich gemacht.
2. Die 3. Änderung des Bebauungsplanes 778 – Ascheweg / Zandershöfe - wird für den unter Punkt 1 genannten Geltungsbereich gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen, die Begründung gem. § 9 Abs. 8 BauGB ist beigefügt.
3. Der Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss des Rates vom 16.02.1987 zur 1. Änderung des Bebauungsplanes 778 – Ascheweg / Zandershöfe wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**7 Parksituation im oberen Teil der Kurfürstenstraße verbessern - Verkehrsfluss verbessern
- Antrag der SPD-Fraktion vom 17.06.2013
Vorlage: VO/0601/13**

Beschluss der Bezirksvertretung Ronsdorf vom 02.07.2013:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, in welcher Form im Bereich der oberen Kurfürstenstraße (Ecke Jägerstübchen bis zur Einmündung in die Staubenthaler Straße) der Verkehrsfluss nicht länger durch beidseitig auf der Fahrbahn parkende Fahrzeuge behindert wird und insbesondere zu prüfen, ob durch Nutzung des an die Straße angrenzenden städtischen Grünstreifens neuer Parkraum erschlossen werden kann, um ausreichend Parkraum anbieten zu können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmigkeit.

**8 Standort einer E-Mobil-Ladestation im Stadtbezirk Ronsdorf
Vorlage: VO/0474/13-1**

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

Die Bezirksvertretung begrüßt die Zusage der Verwaltung, auf die WSW zuzugehen, um gemeinsam einen geeigneten Standort außerhalb des straßenrechtlich öffentlichen Verkehrsraums zu finden und wird sich in drei Monaten erneut mit diesem Thema beschäftigen.

9 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Herr Geiß bittet die Verwaltung um Überprüfung, ob die Grünphase für Fußgänger im Bereich L419/Ecke Staubenthaler Straße lang genug sei.

Er bitte die Verwaltung des weiteren um Prüfung, ob von der Industrieruine Lilienstr. 18/20 (ehemalige Fa. Markus) eine Gefahr ausgehe.

Herr Brennecke weist darauf hin, dass der Kanal im Bereich Breite Straße/Staasstraße restlos überlastet sei und es in der vergangenen Woche nach Regenfällen zu Kellerüberflutungen gekommen sei. Hier müsse dringend etwas geschehen.

Herr Stv. Schmidt teilt mit, dass auch im Bereich Waldfrieden mehrere Keller unter Wasser gestanden hätten. Ihn interessiere, welche Ursache hier zugrunde liege und ob dies ggf. mit der Entwässerung der JVA im Zusammenhang stehen könne.

Lothar Nägelkrämer
Bezirksbürgermeister

Gudrun Limberg
Schriftführerin